

Zentrale Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2021



Arbeit der Zukunft

- Stärkung des Tarifvertragssystems
- Mitbestimmungsrechte ausbauen
- Den Gender Pay Gap überwinden



Moderner Sozialstaat

- Gesetzliche Rente stärken
- Solidarische Pflegegarantie
- Daseinsvorsorge ausbauen



Sozial-ökologischer Umbau

- Ökologische Verkehrswende
- Ökologische Energiewende



Staatsschulden und eine gerechte Steuerpolitik

- Schuldenbremse überwinden
- Vermögenssteuer einführen



Die Demokratie stärken und den Frieden bewahren

- Antidemokratischen Tendenzen entgegentreten
- Pressefreiheit und Meinungsvielfalt fortentwickeln
- Humanere Flüchtlingspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die national wie international fortschreitende soziale Ungleichheit, der Klimawandel, Migration, technischer Fortschritt und auch die Bedrohungen der Demokratie und des Friedens – auf diese großen gesellschaftlichen Herausforderungen müssen die Parteien Antworten geben, wenn am 26. September ein neuer Bundestag gewählt wird.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzt sich für eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, in der die Menschen gleich welcher Herkunft sozial, wirtschaftlich und politisch teilhaben können. Es darf nach der Corona-Pandemie weder ein Zurück zur alten Normalität eines ökologisch und sozial blinden Wirtschaftssystems geben, noch dürfen notwendige Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Personal oder Sozialpolitik aufgrund der höheren Verschuldung des Staates ausbleiben. Wir wollen eine Politik, die soziale Ungleichheit, die Spaltung des Arbeitsmarktes und den fortschreitenden Raubbau an der Natur überwindet. Der digitale Fortschritt muss für eine Humanisierung der Arbeitswelt genutzt werden. Unsere Demokratie muss gegen Feinde der Demokratie, insbesondere gegen Rechtsextremisten verteidigt werden. In einer von nationalen Egoismen, Krisen und Konflikten geprägten Welt sind Solidarität, ein soziales Europa und eine aktive Friedenspolitik unabdingbar.

Wir wollen als ver.di die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Dazu nehmen wir unser politisches Mandat wahr und bringen uns ein für eine arbeitnehmerorientierte Politik, die die folgenden Elemente umfasst:

1. Die **Arbeit der Zukunft** muss tariflich entlohnt, sozial abgesichert, gesund sowie selbst- und mitbestimmt sein.
2. Ein **moderner Sozialstaat** muss die **Daseinsvorsorge** ausbauen sowie die zentralen Lebensrisiken und den Lebensstandard sozial absichern.
3. Der **ökologische Umbau** unserer Gesellschaft erfordert **eine sozial gerechte Verkehrs- und Energiewende**.
4. Eine **gerechte Steuerpolitik** und ein **rationaler Umgang mit Staatsschulden** sichern die staatliche Handlungsfähigkeit und stärken den sozialen Zusammenhalt.
5. **Die offene und lebendige Demokratie und der Frieden müssen bewahrt und gestärkt werden.**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat hierzu klare Erwartungen an die demokratischen Parteien – wir mischen uns politisch ein.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Werneke
ver.di-Vorsitzender

ARBEIT DER ZUKUNFT – tariflich entlohnt, abgesichert, gesund und mitbestimmt.

Das Tarifvertragssystem muss gestärkt werden.

Wir wollen die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung und die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen sowie ein Bundestariftreuegesetz, das öffentliche Aufträge, Förderungen und staatliche (Re-)Finanzierungen an repräsentative Tarifverträge knüpft. Zudem sollen sogenannte OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden untersagt werden.

Wir brauchen einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn. Er muss durch eine politische Entscheidung unverzüglich auf mindestens 12 Euro angehoben werden. **Soloselbstständige und Plattformbeschäftigte** brauchen branchenspezifisch angemessene Vergütungen.

Wir wollen mehr **Mitbestimmungsrechte** von Betriebs- und Personalräten bezogen auf Arbeits- und Gesundheitsschutz, Weiterbildung, digitale Arbeit und künstliche Intelligenz (KI), Fremdpersonaleinsatz, Personalbemessung und Beschäftigungssicherung. Wir wollen gute mitbestimmte Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten einschließlich der **Beamtinnen und Beamten**. In der Unternehmensmitbestimmung sind Mitbestimmungsvermeidung oder -flucht durch europäische und nationale Gesetze zu verhindern. Wir fordern das **Ende des Doppelstimmrechts für Aufsichtsratsvorsitzende** in mitbestimmten Aktiengesellschaften.

Die sachgrundlose Befristung muss abgeschafft und Kettenbefristungen müssen überwunden werden, Befristungen nach Sachgrund sind einzuschränken. Auch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss entsprechend verändert werden. Werkverträge werden häufig genutzt, um Tarifstandards und andere Normen zu unterlaufen. Dieser Missbrauch von **Werkverträgen** muss durch wirksame Gesetze und Kontrollen verhindert werden.

In der Zeit- und Leiharbeit brauchen wir gleiche Bezahlung und Arbeitsbedingungen vom ersten Tag der Verleihung an, plus 10% Flexibilitätszulage. Der Streikbrechereinsatz muss in allen Fällen untersagt werden.

ARBEIT DER ZUKUNFT

Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Arbeit umgewandelt werden.

Die Corona-Pandemie darf nicht zu einer verlorenen Generation führen. **Junge Menschen brauchen eine gute Ausbildung.** Es muss eine Ausbildungsgarantie geben, und das BAföG umfassend reformiert werden.

Den Gender Pay Gap endlich überwinden. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Prüfverfahren, einer Berichtspflicht für Unternehmen und das Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.

Das Arbeitszeitgesetz ist ein Arbeitsschutzgesetz. Deshalb lehnen wir jegliche Verschlechterungen ab. Das betrifft auch die Flexibilisierung und Verlängerung von Ladenöffnungszeiten im Handel, die Wochenendarbeit und den Sonntagschutz.

Arbeits- und Gesundheitsschutz müssen konsequent umgesetzt und ausgebaut werden.

Erwerbstätige brauchen auch in der **digitalen Arbeitswelt** mehr **Zeitsouveränität** für unterschiedliche Lebensphasen sowie für den Wandel von Arbeit in Verbindung mit **geförderter Bildungsteilzeit und einem Weiterbildungsgesetz**. Zudem müssen die **Schutz- und Mitbestimmungsrechte** ausgeweitet werden. Dies betrifft u.a. **mobile Arbeit/Homeoffice sowie die Plattformarbeit**.

Die materielle Absicherung in der Arbeitslosenversicherung ist zu verbessern: Erwerbsbiografien wertschätzen – Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes anpassen.

Das Grundsicherungssystem muss verändert werden: Zumutbarkeitsregelungen auf gute Arbeit ausrichten – Qualifikationsschutz wiedereinführen. Regelsätze und Hinzuverdienstmöglichkeit erhöhen. Sanktionsregime aufheben, das soziokulturelle Existenzminimum darf nicht sanktioniert werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik stärken. Wir brauchen eine staatliche Qualifizierungsoffensive für den Statuserhalt von Fachkräften und für eine soziale Aufstiegs- mobilität von Beschäftigten und Erwerbslosen. Dem Recht auf Beratung muss ein Recht auf Förderung folgen.

Für in strukturelle Schieflagen geratende Branchen – wie Teile des Luftverkehrs, dem Handel oder Tourismus – braucht es **Transformationsfonds für Beschäftigte und Unternehmen**, die auch mit dem Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors verbunden werden können. Eine Verlängerung der Bezugsdauer des Transferkurzarbeitergelds sowie die Übernahme von Weiterbildungskosten sind erforderlich.

MODERNER SOZIALSTAAT

MODERNER SOZIALSTAAT – zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge.

ver.di will eine allgemeine, einheitliche und solidarische paritätisch finanzierte Bürgerversicherung für die sozialen Sicherungssysteme von Kranken- und Pflegeversicherung, für die Rente und die Arbeitslosenversicherung.

Das **Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente** soll perspektivisch mindestens 53 Prozent betragen. Die Orientierung am Lebensstandard muss gesetzlich wiedereingeführt und an die Stelle des Vorrangs der Beitragsstabilität treten. Die Rentenanpassung muss an die Lohn- und Gehaltsentwicklung geknüpft, Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren abgeschafft werden. ver.di lehnt eine Anhebung des **Renteneintrittsalters** ebenso ab wie dessen Kopplung an die statistische Lebenserwartung.

Die **Grundrente** muss vor Altersarmut schützen und dementsprechend fortentwickelt werden.

Die beschlossenen Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten müssen auf die Bestandsrenten ausgeweitet werden.

Die **betriebliche Altersversorgung** soll als 2. Säule die den Lebensstandard sichernde gesetzliche Rente ergänzen. Dafür sind ausreichend hohe Beiträge der Arbeitgeber notwendig.

In der Pflege wollen wir eine **qualitativ hochwertige Versorgung der zu Pflegenden, bedarfsgerechte und verbindliche Personalvorgaben sowie eine flächendeckende tarifliche Entlohnung der Beschäftigten**. Mit einer „Solidarischen Pflegegarantie“, einer Vollversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezahlen, ist das finanzierbar – solidarisch und sozial gerecht.

Wir fordern einen ausreichenden Bundeszuschuss zur **Stabilisierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung und den Verzicht auf Eingriffe in deren Rücklagen sowie auf Erhöhung von Zusatzbeiträgen** im Rahmen der Kostenbewältigung der Pandemie. Eine Deckelung der Sozialabgaben auf insgesamt maximal 40 v.H. ist eine willkürlich gesetzte Grenze und wird Sicherheitsbedarfen der Versicherten nicht gerecht. Versicherungsfremde Leistungen sind überdies durch Steuermittel zu finanzieren.

Wir brauchen eine starke und nachhaltige Initiative für den Ausbau und die Modernisierung der **öffentlichen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur**.

In den Krankenhäusern fehlen rund 100.000 Krankenpflegekräfte, in der Altenpflege rund 115.000 Pflegekräfte. Zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung in den **Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen** brauchen wir eine **gesetzliche Personalbemessung**. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens muss überwunden werden.

In der frühkindlichen **Erziehung und Betreuung** entsteht bis 2025 eine Fachkräftelücke in Höhe von rund 190.000 Beschäftigten. Im **öffentlichen Personennahverkehr** müssen in den kommenden sechs Jahren etwa 30.000 neue Beschäftigte eingestellt werden.

Allein der Investitionsrückstand der Städte und Gemeinden umfasst insgesamt 147 Milliarden Euro. In **Kitas, Schulen und Universitäten** müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen **Krankenhäusern** ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der **Wohnungsbau**. Jedes Jahr müssten 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. In den nächsten zehn Jahren müssten in **Breitband und Energieversorgung** jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden.

Wir brauchen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Für die nächsten zehn Jahre ist jährlich mindestens ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag notwendig, um diesen Investitionsstau schrittweise aufzulösen.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU – der Klimawandel ist zu einer Überlebensfrage für die Menschheit geworden.

Die **Pariser Klimaziele** können nur erreicht werden, wenn die EU im Rahmen des Europäischen Green Deal ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent senkt. Dafür brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau (Transformation) unserer Gesellschaft.

Ein ökologisches Preissystem – Ökosteuer und CO₂-Bepreisung – kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ein langsam und kontinuierlich steigender CO₂-Preis – CO₂-Steuer auf Brennstoffe – würde Unternehmen und Verbrauchern Planungssicherheit geben. Die Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – z.B. durch höhere Strom-, Öl-, Gas-, und Benzinpreise – darf aber Normal- und Geringverdienende nicht stärker belasten. Die erzielten Einnahmen sollten in großen Teilen in Form einer **sozial gestaffelten Klima-Kopfprämie an die Haushalte zurückfließen**.

Eine **ökologische Verkehrswende** zielt darauf ab, den Verkehr von Luft und Straße auf die Schiene zu verlagern. **Dafür muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ausgebaut und modernisiert werden**. Wir wollen die Beförderungskapazität des ÖPNV perspektivisch verdoppeln. **Der Güterverkehr muss stärker auf die Schiene verlagert und intelligent mit anderen Verkehrsträgern vernetzt werden**. Darüber hinaus sollte die Fußgänger- und Radverkehrsinfrastruktur stark ausgebaut werden.

Eine **ökologische Energiewende** erfordert den massiven Ausbau der **erneuerbaren Energien**. Durch mehr Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagenzwang auf allen geeigneten Dächern, weitere Flächen für Windkraftanlagen, einen Aus- und Umbau der Stromnetze sowie mehr Strom- und Wärmespeichern kann der Ausbau vorangetrieben werden. Gleichzeitig muss die Kraft-Wärme-Kopplung gefördert werden, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Die bestehenden **Kohlekraftwerke** sind auf Erdgas und perspektivisch auf grünen Wasserstoff umzustellen. In der kommunalen Ver- und Entsorgung muss Wasserstoff zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus sollten die privaten und öffentlichen Gebäude energetisch saniert werden.

Die industrielle Produktion muss umwelt- und klimafreundlicher werden. Staatliche Normen, Quoten und Grenzwerte sollten der Produktion klimafreundliche Vorgaben machen. Eine **CO₂-Grenzsteuer** könnte dabei hilfreich sein. Sie ist eine Steuer, die Importe dann mit Zöllen belegt, wenn die im Produktionsland angefallenen CO₂-Kosten geringer sind als in der EU. Dieser Mechanismus kann verhindern, dass heimische Unternehmen durch ihre klimafreundlichere Produktion Wettbewerbsnachteile erleiden. Die internationalen Wertschöpfungsketten und Handelsströme müssen sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden.

Durch abfallpolitische Regeln können geschlossene Materialkreisläufe angestrebt werden. Ziel muss ein **verringertes Verbrauch von Ressourcen und ein hoher Grad an Kreislaufwirtschaft sein**. Die öffentliche Beschaffung muss sich stärker an Umweltkriterien ausrichten.

Die **ökologische Frage ist auch eine Verteilungsfrage**. Oftmals verbrauchen wohlhabende Topverdiener mehr Energie und erzeugen mehr CO₂ als Normal- oder Geringverdienende und sozial Benachteiligte. Sie hinterlassen einen größeren ökologischen Fußabdruck, und daran muss sich auch die Kostenverteilung der sozial-ökologischen Transformation orientieren.

EINE GERECHTE STEUERPOLITIK UND EIN RATIONALER UMGANG MIT STAATSSCHULDEN

– sichern die staatliche Handlungsfähigkeit und stärken den sozialen Zusammenhalt.

In der Corona-Pandemie stiegen infolge höherer Staatsausgaben und sinkender Steuereinnahmen die Staatsschulden. Aus ökonomischer Sicht kann Deutschland mit den höheren Staatsschulden problemlos leben. Die Schuldenquote ist im internationalen Vergleich sehr niedrig und die Zinsen sind auf einem historischen Tiefststand.

Schulden können wirtschaftlich sinnvoll sein. Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen stärken die wirtschaftliche Entwicklung. Solange die Wachstumsraten höher sind als der Zins, sinkt sogar die Schuldenquote. Auch zukünftige Investitionen können über ein sinnvolles Maß an Neuverschuldung finanziert werden.

Das ideologische Festhalten an der schwarzen Null und die Schuldenbremse zwingen aber Bund und Länder dazu, die Corona-Kredite zeitnah zurückzuzahlen. Die zukünftigen Staatseinnahmen, die direkt in die Tilgung fließen, fehlen dann für die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben. Deswegen sollten die nationalen und europäischen Schuldenregeln reformiert werden. Wir brauchen **öffentliche Investitionen. Diese müssen über Kredite finanziert** werden können.

Das durch gemeinschaftliche Schuldenaufnahmen finanzierte EU-Wiederaufbauprogramm für die Jahre 2021-2023 sollte danach fortgesetzt und in ein **umfangreiches EU-Zukunftsinvestitionsprogramm mit dem Schwerpunkt der sozial-ökologischen Transformation** weiterentwickelt werden.

Die **notwendige öffentliche Investitionsoffensive** könnte dann über Kredite finanziert werden. Höhere Personalausgaben sollen über Steuern und im Rahmen der Sozialversicherungssysteme finanziert werden.

Wir wollen einen Altschuldenfonds für finanzschwache Kommunen, damit diese von ihren finanziellen Altlasten befreit wieder in die Zukunft investieren können.

Wir brauchen höhere Steuereinnahmen. **Gleichzeitig muss unser Steuersystem gerechter werden.** Große Vermögen, Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne tragen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Topverdiener, Großerben,

Vermögende und finanzstarke Unternehmen müssen daher stärker besteuert werden.

Wir wollen, **dass Kapitalerträge nicht länger steuerlich privilegiert sind.** Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren müssen wieder der progressiven Einkommensteuer unterworfen werden.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Dabei garantieren ausreichend hohe Freibeträge, dass normales Familienvermögen nicht besteuert wird. Da sich das Privatvermögen in wenigen Händen befindet, führt die Besteuerung einer sehr kleinen Gruppe Vermögender zu hohen Einnahmen.

Wir brauchen eine **Reform der Erbschaftssteuer**, die alle Vergünstigungen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, streicht. Die Verschonung großer Betriebsvermögen ist abzuschaffen. Hohe Freibeträge können sicherstellen, dass selbst genutztes Wohneigentum in der Regel steuerfrei weitervererbt werden kann.

Wir müssen **Unternehmen stärker besteuern.** Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden, bei der alle unternehmerisch Tätigen (z.B. auch freie Berufe) einbezogen und eine verbreiterte Bemessungsgrundlage angewandt werden. Zudem muss die Steuervermeidung großer internationaler Konzerne konsequenter verfolgt werden.

Wir brauchen eine **europäische Finanztransaktionssteuer** auf den Handel mit Wertpapieren, Währungen und Derivaten.

Der **Steuervollzug** muss verbessert werden. Dafür benötigen wir künftig mehr Personal in den Finanzverwaltungen, verstärkte Auskunftspflichten und Kontrollen sowie eine verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit der Steuerbehörden. Steuerflucht und Steuervermeidung müssen EU-weit bekämpft werden.

DIE OFFENE LEBENDIGE DEMOKRATIE UND DER FRIEDEN – müssen bewahrt und gestärkt werden.

Feindselige und verächtliche Haltungen gegenüber Menschen und der Demokratie gefährden unser friedliches Zusammenleben und die gesellschaftliche Teilhabe gleich welcher Herkunft. Mit aller Entschiedenheit müssen daher eine lebendige und offene Demokratie und der Frieden bewahrt und gestärkt werden.

Um dem Rechtsextremismus und anderen antidemokratischen Tendenzen, Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten, sind Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung für alle Altersklassen durch ein Demokratiefördergesetz dauerhaft zu sichern, Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt umfassend und dauerhaft zu fördern und für Betroffene von institutionellem Rassismus unabhängige öffentliche Beschwerde- und Ermittlungsstrukturen zu schaffen.

Das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft muss durch eine rechtssichere Gestaltung der Gemeinnützigkeit politischer Gemeinwohlziele gestärkt und durch stabile Förderprogramme unterstützt werden.

Pressefreiheit und Meinungsvielfalt, eine unabhängige und ungehinderte Berichterstattung, ein duales Rundfunksystem mit einem **starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und einer vielfältigen Presse-landschaft** sind für die Meinungs- und Willensbildung in unserer Demokratie konstituierend und müssen geschützt und fortentwickelt werden.

Die politische Teilhabe und Integration von Zugewanderten ist durch ein aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger*innen in Deutschland zu befördern.

Eine humanere Flüchtlingspolitik umfasst ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten, das menschenrechtliche Verpflichtungen umsetzt und gemeinschaftlich finanziert wird, die Schaffung einer rechtssicheren Aufenthaltserlaubnis für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Beschäftigte jenseits des Duldungssystems, eine menschenwürdige Unterbringung, keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung.

Eine **zukunftsfähige und gerechte Weltwirtschafts- und Handelspolitik** ist ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen weltweit und damit auch zur Bekämpfung der Ursachen von Konflikten, Flucht und Vertreibung. Im Zentrum müssen die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, der Abbau sozialer Ungleichheit und die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entlang internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten stehen.

Eine **aktive Friedenspolitik** erfordert Abrüstung statt Aufrüstung. Deutschland muss atomwaffenfrei werden und dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten. Frieden muss durch Intensivierung von Dialog, Kooperation und der Bekämpfung struktureller Konfliktursachen gefördert werden. Die EU muss wieder als Projekt des sozialen Friedens gestärkt werden und die gemeinsamen demokratischen, rechtsstaatlichen und humanitären Werte achten und schützen.

Mehr als 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Deutschlands von der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten durch die Alliierten sind Frieden und Demokratie kein starres Gut, sondern wollen aktiv gelebt werden. Als sichtbares Zeichen sollte der **8. Mai als Tag der Befreiung zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag erhoben** werden.